Thesen zum Thema Demokratie, Rassismus und Widerstand

Kapitalisten haben an sich nichts gegen die Demokratie. Aber sie haben noch nie ein Wahlergebnis akzeptiert, das ihre Macht bedroht hätte.

Die Staaten des fortgeschrittenen Kapitalismus müssen sich das Vertrauen der Kapitaleigner und Kapitalbeweger dauerhaft verdienen, indem sie durch in ihre Politikprogramme glaubhaft garantieren, dass sie nicht in ‚die Wirtschaft' intervenieren werden."

Das überproportionale Erstarken der AFD und der Niedergang der sogenannten Volksparteien
ist weder im Sinne der Unternehmen (Stichwort: migrantische Arbeitskräfte) noch im Interesse der demokratischen Parteien. Massenproteste gegen Rassismus und die AFD entsprechen daher den Staatsinteressen.

Der „Aufstand der Anständigen" lenkt de facto von der rigiden Abschiebepolitik der Bundesregierung und den andauernden Protesten gegen Ampel wirksam ab. Aktuell wurde im Bundestag in zweiter und dritter Beratung ein „Rückführungsverbesserungsgesetz debattiert. Bundesinnenministerin Faser sprach dabei von einer „Rückführungsoffensive" – man müsse „schneller und effektiver abschieben können". Im August letzten Jahres propagierte Faeser sogar die Idee man solle Angehörige von Clan-Familien auch dann vereinfacht und schnell abschieben können dürfen, wenn diese überhaupt nicht straffällig werden (eine Forderung der AFD)

Wenn jetzt Regierungspolitiker vorn in den Demonstrationen mitlaufen, ist das pure Scheinheiligkeit und Heuchelei, denn im Grunde demonstrieren sie damit gegen sich selbst und gegen die gegen die Früchte ihrer jahrzehntelangen Politik.

Politischer Nährboden für Rassismus gegenüber Migranten sind zahlreiche Beschlüsse der Regierungen seit den 80er Jahren. Von Arbeitsverbot, Konzentrationszwang bis zur Aushöhlung des Artikel 16 des GG (1993) wurden zuvor nur von Rechten geforderte Maßnahmen in die Mitte der Gesellschaft gerückt.

Die Festung EU-Europa dient der Aufrechterhaltung der internationalen Ausbeutungsordnung, die von der Mehrheit der Profiteure in den kapitalistischen Zentren akzeptiert werden und sie gleichgültig gegenüber jenen Menschen werden lässt, die im Mittelmeer ertrinken oder in Hunger Regionen oder von Folter bedrohten Länder zurückschickt, obwohl sie häufig Verursacher sind.

Heute funktioniert staatlicher Rassismus in Form von Ausweisungen, Abschiebegefängnissen, Abschiebungen und der Abschottung mit militärischen Mitteln wie zum Beispiel der Europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX. In der Integrationspolitik läuft die Ausgrenzung über das Vorenthalten gleicher sozialer und politischer Rechte und Diskriminierung findet sich beispielsweise im Bildungssystem, auf dem Arbeitsmarkt sowie durch die Verweigerung gleicher staatsbürgerlicher Rechte.

Die Abschiebepläne der AFD sind aus etlichen Werken von AFD-Mitgliedern und rechtsextermen Vordenkern längst bekannt und entsprechen einem Beschluss der Torries, illegale Flüchtlinge nach Ruanda abzuschieben. Ebenso bekannt sind ähnliche Treffen rechtsgemischter Kreise wie in Potsdam , rechtsextreme Chats, sogenannte Feindeslisten inclusive Bedrohung von KommunalpolitkerImnen etc. Genau so lange werden die Rechten verhätschelt und nicht erst genommen-

Die zur Zeit politisch ambitionierten Demonstranten würden erheblich an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie sich klar gegen Rassismus, Diskriminierung und unsoziale Politik der Regierung wendeten, die die AFD stark machen. Ebenso sollte Ressourcenverschlingende, kriegstreibende, inhumane und neue Flüchtlingswellen produzierende Politik Thema des „Aufstandes der Anständigen“ sein.

Die Mehrfachkrisen und das Gefühl des Ausgeliefertseins an unverständliche Prozesse haben viele Menschen verängstigt und machen für vermeintlich einfache Lösungen, Sündenbockgeschichten und Verschwörungstheorien anfällig, die die AfD propagiert. Ein Verbot der AFD würde Demokratiefeindlichkeit, Märtyrertum und Rechtsextremismus fördern.

Für die AFD ist durch die Mobilisierung der Massen offenbar kein Schaden entstanden. Zum Jahreswechsel hatte sie rund 40.000 Mitglieder, in der Parteiführung glauben sie, dass es bis Ende des Jahres 50.000 bis 60.000 sein werden. Viele begründen ihren Eintritt damit, der Partei sei unrecht getan worden, erst mit dem angeblich verfälschenden „Correctiv“-Bericht, dann mit einer Verbotsdebatte und schließlich mit Demonstrationen.

Nicht nur aus AFD-Sicht ist naheliegend, dass die „Enthüllung“ der wahren Absichten der AFD gesteuert und die Remigrationspläne im Zeitalter des „Empörialismus“ medial bestmöglichst in Szene gesetzt wurden, was zur gewünschten Massenmobilisierung führte.
(Correctiv ist im übrigen keineswegs unabhängig!*). Auch wenn der Zweck möglicherweise die Mittel heiligt, macht der Vorgang das Ausmaß möglicher manipulativer Eingriffe in die öffentliche Debatte deutlich.

Es geht nicht mehr um die Fakten an sich, sondern nur um deren Erzählung. Man operiert mit subjektiven Meinungen und Befindlichkeiten. Inzwischen gibt es ganze Berufsgruppen, die Meinung organisieren. Fake versus Fakten funktioniert nicht mehr. Faktenchecker verbreiten Meinungen, Verschwörungstheoretiker machen Fakes zu Fakten.

* 2022 erhielt Correctiv 636.331,94 Euro vom Omidyar-Netzwerk (Stand März 2022). Omidyar (e-Bay-Gründer) arbeitet eng mit den führenden Vertretern der US-Softpower zusammen: Von der US-Behörde für internationale Entwicklung (USAID) bis hin zum National Endowment for Democracy (NED) und fungiert als Vermittler für Projekte im Stil der Informationskriegsführung in Ländern auf der ganzen Welt.

Correctiv verweist mit Stolz auf seine Zertifizierung durch das „unabhängige International Fact Checking Network“ (IFCN), welches eine „sehr renommierte Organisation“ sei und laut den „Faktencheckern“ aus Essen „weltweit führend in der Forschung zu Desinformation“.Allerdings wird das IFNC , das an das renommierte Poynter Institut angegliedert ist, wiederum vom Omidyar Netzwerk finanziert.